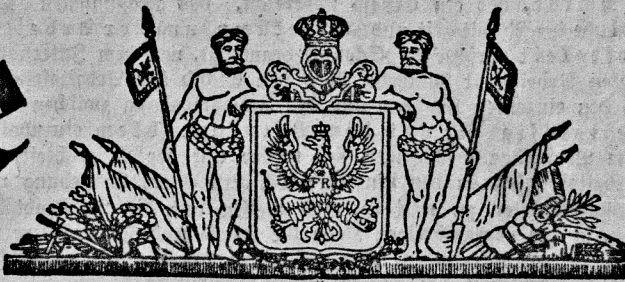


# Vossische



# Zeitung

1 Mark  
(Ausland: 3 M.)

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der Illustrierten Beilage „Zeitbilder“ Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Durch eigene Boten und durch die Post monatlich 35 Mark; unter Streifband 68 Mark im Inland, 80 Mark nach dem Ausland. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigen: Zeile 18 Mark, Familienanzeigen 8 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

## Die Antwort der Alliierten.

Von  
Georg Bernhard.

\* Genua, 24. April.

In den ausführlichen telegraphischen Berichten der „Vossischen Zeitung“ ist bereits dargelegt worden, aus welchen Gründen die deutsche Delegation die letzte Note der alliierten Nationen und der „kleinen alliierten Staaten“ (so wird in den Kommissionsverhandlungen die kleine Entente neuerdings genannt) nicht mehr offiziell geantwortet hat. Die Gründe der deutschen Delegation sind wohlüberlegt und zu billigen. Diese Stellungnahme der deutschen Delegation war namentlich für alle diejenigen verständlich, die hier die Genuaer Atmosphäre beurteilen können und namentlich mit der Vorgeschichte des Zustandekommens der alliierten Note genau Bescheid wissen.

Der Entschluß ist übrigens der Delegation erleichtert worden, da sachlich durch die Antwort der Alliierten nicht das mindeste an dem Zustand geändert wurde, den die deutsche Note herbeiführen sollte. Die Alliierten stellten ausdrücklich in Uebereinstimmung mit der deutschen Note fest, daß die deutschen Mitglieder der ersten Kommission in Zukunft an Diskussionen „über die Bedingungen des Abkommens zwischen Rußland und den verschiedenen anderen auf der Konferenz vertretenen Ländern“ nicht mehr teilnehmen wollen. Daß in einem der letzten Sätze sich aber die unterzeichneten alliierten Staaten ausdrücklich „das Recht vorbehalten“ wollen, solche Klauseln des deutsch-russischen Vertrages zu annullieren, von denen sich herausstelle, daß sie gegen die bestehenden Verträge verstoßen, ist sachlich kaum von Gewicht. Die deutsche Note stellt sich auf den Standpunkt, daß durch die deutsch-russischen Vereinbarungen keinerlei Bestimmungen des Versailler Vertrages verletzt sind, und es ist ja wohl sicher, daß, wenn die Juristen der Alliierten zu anderen Resultaten gekommen wären, Lloyd George sich eine derartige juristische Feststellung von vornherein zu eigen gemacht hätte. Dann hätte selbstverständlich der ganze Zwischenfall eine andere Wendung genommen und eine für den alliierten Standpunkt viel einfachere Lösung gefunden.

Wegen ihres materiellen Inhalts braucht die Antwort der Alliierten überhaupt keine Kommentare. Ebenso aber wie alle Noten der alliierten Staaten seit Kriegsbeginn, so enthielten auch die letzten Kundgebungen an die deutsche Delegation in Weiterentwicklung der Gebrauche der Kriegspropaganda eine Reihe von Sätzen, die weniger darauf berechnet sind, die Tatbestände exakt festzustellen, als vielmehr unter Verwischung der Tatbestände den Eindruck hervorzuheben, daß alles Recht auf Seiten der Alliierten sich befinde. In Genua selbst sind alle die Feinheiten der Beweisführung in ihrem Für und Wider dauernd diskutiert worden. Man ist sich hier über die Nuancen in der Note vollkommen klar, nicht so in der Heimat. Dadurch, daß die Alliierten in ihrer Note das letzte Wort behalten haben, ist es vielleicht nicht ausgeschlossen, daß in der deutschen öffentlichen Meinung gerade die propagandistischen Wendungen der alliierten Note eine stärkere Wirkung auslösen, als ihnen zukommt. Daher dürfte es angebracht sein, gerade auf diese Wendungen mit ein paar Worten zurückzukommen.

Es ist zunächst von einem gewissen grundsätzlichen Interesse, daß zum erstenmal in der Antwort der Alliierten die Tatsache von Unterhaltungen zwischen Mitgliedern der deutschen und Mitgliedern der alliierten Delegationen zugegeben wird. Bisher sind die Alliierten gerade auf diese Frage nicht eingegangen. Verschiedene sehr geschickte Stellen in den Antworten von Lloyd George auf die Fragen der englischen Journalisten beim letzten großen internationalen Presseempfang waren sogar geeignet, den Eindruck zu erwecken, daß die von solchen Unterhaltungen sprechenden deutschen Feststellungen der Wahrheit nicht entsprechen.

In der Note wird nunmehr festgestellt, daß durch die Unterhaltung der alliierten Delegationen unter ihren Mitgliedern konstatiert wurde, daß „sich kein Schatten einer Rechtfertigung dieser Behauptungen ergeben habe“. Welcher Behauptungen? Daß die deutsche Delegation gezwungen gewesen sei, „ein Sonderabkommen mit Rußland zu treffen, weil die Mitglieder der anderen Delegationen sich geweigert hätten, die ersten Schwierigkeiten in Betracht zu ziehen, die die Londoner Sachverständigenvorschlüsse für Deutschland geschaffen haben würden“.

Das hat Deutschland niemals behauptet. Es hat nur die Behauptung aufgestellt, daß es auf alle Mitteilungen über die Unannehmbarkeit der Vorschläge für Deutschland keine Antworten erhalten und daß der deutsche Außenminister mit seinen Forderungen, Lloyd George zu sprechen, keinen Erfolg gehabt hat. Die deutsche Delegation hatte auch keine Kenntnis davon, daß irgendwelche Aussicht bestand, die für Deutschland unannehmbaren Paragraphen aus der Welt zu schaffen. Die politische Vorsicht gebot infolgedessen, den ungünstigen Fall anzunehmen. Deutsch-

## Neuer Konflikt mit den Russen.

### Vertagung der Verhandlungen.

Sonderdienst der „Vossischen Zeitung“.

mp Genua, 24. April.

In der heutigen Nachmittagsitzung der Expertenkommission für Rußland ist es wiederum zu einem schweren Zusammenstoß gekommen, dessen Folgen zunächst noch unübersehbar sind. Die zur Stunde vorliegenden Nachrichten lassen nur erkennen, daß die Abänderungsvorschläge, die die Russen gestern für heute angekündigt haben, derartig gewesen sind, daß die alliierten Experten nicht geglaubt haben, die Verhandlung nach ihrer Verlesung fortführen zu können. Wie ich höre, haben die Russen folgende Bedingungen gestellt:

1. für die Abtragung der Vorkriegsschulden ist die Gewährung eines 30jährigen Moratoriums nötig;
2. die Kriegsschulden werden nicht getilgt und nicht anerkannt;
3. das nationalisierte Eigentum kann aus innerpolitischen Gründen nicht zurückgegeben werden, und die russische Regierung sieht sich infolge Geldmangels auch außerstande, die Eigentümer anders zu entschädigen, als durch die Gewährung von weiteren Konzessionen.

Der englische Vorsitzende der Expertenkommision erklärte, daß auf dieser Grundlage die Verhandlungen heute nicht fortgeführt werden könnten, und man kam überein, daß sich die alliierten Experten morgen unter Ausschluß der Russen darüber einig werden sollen, wie man mit den Russen weiter verhandeln solle. In den französischen Kreisen der Delegation herrscht heute über diese russischen Forderungen heftige Aufregung.

### Einschränkung des Programms.

Sonderdienst der „Vossischen Zeitung“.

r-r Genua, 24. April.

Wenn die Absichten verwirklicht werden können, die bei fast allen Delegationen bestehen, dann wird die Konferenz von Genua Mitte nächster Woche zwar noch nicht offiziell geschlossen werden, in der Hauptsache aber zu Ende sein. Zwei Wochen sind mit unnötigen und überflüssigen Noten verthan worden; jetzt macht sich allgemeiner Eifer geltend, möglichst rasch in etwa zehn Tagen zu Resultaten und einem gewissen Abschluß zu kommen.

Es ist eine starke Genuamüdigkeit festzustellen. Die Delegationen streben nach Hause. Nahezu alle Staaten Europas haben die Chefs ihrer Regierungen, die meisten außerdem noch die wichtigsten Mitglieder ihrer Kabinette nach der Konferenzstadt entsandt. Häusliche, innenpolitische Geschäfte und Sorgen rufen.

Vornehmlich Lloyd George brängt und behauptet, daß er aus diesem Grunde seinen Aufenthalt in Genua nicht über den 3. Mai ausdehnen könne. Zweifellos spielt dabei die Erwägung eine beträchtliche Rolle, der Gefahrenkoeffizient könnte für die Konferenz mit ihrer Dauer steigen, und daß man jetzt, da das politische Wetter in Genua etwas freundlicher geworden ist, in die Scheuer bringen muß, was sich bergen läßt.

Frankreich scheint seit gestern wirklich darauf zu verzichten, der Konferenz neue Schwierigkeiten zu bereiten. Man hat in Paris nach den Erklärungen Lloyd Georges in gemeinsamen Beratungen der Alliierten und der kleinen Entente am Sonnabend und Sonntag offenbar das Gefühl, die Belastungsprobe erreicht zu haben und lenkt, da man vor einem offenen Bruch mit England doch zurücksteht, ein. Lloyd George hat freie Bahn, allerdings nur beschränktere Ziele. Die Plattform der Konferenz

land konnte es nicht darauf ankommen lassen, daß die Alliierten sich mit Rußland auf einer Basis einigten, die Deutschland eine dauernde Verschärfung und Verlängerung seiner Schuldnechtschaft gebracht hätte.

Die alliierte Note stellt dann weiter die Behauptung auf, daß in den verschiedenen Gesprächen zwischen den Mitgliedern der deutschen und den Mitgliedern der alliierten Delegationen niemals von deutscher Seite erklärt wurde, daß die Londoner Vorschläge keine Grundlage für die Diskussion innerhalb der Konfe-

wird verkleinert. Zwei sichtbare Erfolge der Konferenz sollen erreicht werden: Ein Abkommen zwischen den Alliierten und Rußland und ein europäisches Abkommen über die Sicherung des Friedens.

### Simson im Reichskabinett.

Bericht über Genua.

Der von der deutschen Delegation nach Berlin entsandte Staatssekretär v. Simson hat gestern in einer unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten abgehaltenen Sitzung des hier verbliebenen Teils des Reichskabinetts über die Verhandlungen auf der Konferenz berichtet. Staatssekretär v. Simson kehrt bereits heute wieder nach Genua zurück.

### Der Gegensatz Lloyd George—Poincaré.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

wf Paris, 24. April.

Der „Temps“ erklärt, man stehe vor der Wahl zwischen der Politik Lloyd Georges und der Politik Poincarés, die notwendig zur Aufteilung Europas unter England, Deutschland und Rußland führen werde. Diese Entwicklung würde natürlich nicht ohne erbitterte Kämpfe vor sich gehen. Die Politik Poincarés dagegen erstrebe den Frieden, indem sie auf Erhaltung der Bündnisse und auf Achtung vor den Verträgen sehe, auf die Gefahr dahin, daß Frankreich zum Schutze der Verträge allein handeln müsse. Poincarés Politik werde vor allem von den Staaten der kleinen Entente, aber auch von vielen Engländern verstanden werden. Man müsse wünschen, daß auch Deutschland sie verstehe. Denn Lloyd Georges System werde mit dem Krieg den Ruin Deutschlands wie den der anderen Nationen herbeiführen. Wenn die Deutschen weise handelten, gingen sie dem Zusammenstoß aus dem Wege.

Das „Journal des Débats“ glaubt Poincarés Auffassung durch eine Stelle der Rede, die der Führer der republikanischen Mittelparteien, Senator Jonnart, gestern in seinem Wahlkreis gehalten hat, definieren zu dürfen. Die Stelle lautet wörtlich: „Frankreich ist am Ende. Es hat den Eindruck, daß die Verbündeten Regierungen schon zuviel beraten haben, daß der Wiedergutmachungsausschuß schon in zu weitem Maße nachgab. Die Nation würde nicht zulassen können, daß vor dem Vertrag, der ihren Wiederaufschwung begründen sollte, bald nur noch ein Papiersegen übrigbliebe.“ Die nationalistische „Liberté“ meint, Poincaré habe die Auffassung des französischen Volkes treffend formuliert, Frankreich erwarte jetzt aber, daß diese Politik nicht „im Sumpf der Konferenzen verfinke“.

Gegenüber den Enthüllungen des Pariser „Echo national“ über angebliche Äußerungen des Reichskanzlers und des Reichsaußenministers in einer Sitzung der Berliner Pressekonferenz am 20. Januar 1922 gibt der Ausschuß der Pressekonferenz folgende Erklärung ab:

„Wir stellen als Teilnehmer an der Pressesitzung vom 20. Januar 1922 fest, daß der Bericht des „Echo national“ über die damals gehaltene Rede des Ministers des Auswärtigen, Dr. Rathenau, nicht nur tendenziös entfiel, sondern auch in wesentlichen Punkten durch frei erfundene Zusätze gefälscht ist. Wir schließen uns daher der halbamtlichen Mitteilung, die diesen Bericht bereits als plumpe Fälschung und freie Erfindung bezeichnete, vollinhaltlich an.“

Beck, Dr. Breslauer, Dr. Frankfurter, Dr. Hellermann, Dr. Kriegl, W. Dehme, S. Saller.“

renz bieten würden. Hier wird auch wieder etwas unterlegt, was niemals gesagt worden ist. Deutschland hat die Londoner Bedingungen durchaus als Basis für die Diskussion angesehen, hat aber ausdrücklich die Bestimmungen bezeichnet, die ihm unannehmbar erschienen.

Es wird dann weiter behauptet, daß die deutsche Delegation niemals mitgeteilt habe, daß sie drauf und dran sei, einen Sondervertrag mit Rußland zu schließen. Auch das ist durchaus richtig. Aber die Mitglieder der deutschen Delegation haben verschiedentlich so deutlich auf die Konsequenzen aufmerksam gemacht, die Deutschland eventuell zu ziehen gezwungen sei, daß diplomatische Ohren immerhin erheblich mehr aus diesen Unterhaltungen heraushören konnten, als es anscheinend der Fall war.

Dazu kommt, daß ein Mitglied der deutschen Delegation am Morgen des Vertragsabschlusses selbst noch ein Mitglied der eng-

1 Dollar = 234 Mark.

Der gestrige New-Yorker Mark-Schlusskurs wird mit 0,42% Cts. (234,6 Mark) gemeldet.